

Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

**Herrn
Andrej Hunko, MdB
11011 Berlin**

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)3018 681-1019

INTERNET www.bmi.bund.de

oATum2A Juli 2014

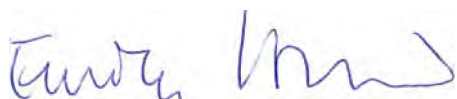
BETREFF **Schriftliche Frage Monat Juli 2014**
HIER **Arbeitsnummer 7195**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

**Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung**



Dr. Emily Haber

Schriftliche Frage des Abgeordneter Andrej Hunko

vom 14. Juli 2014

(Monat Juli 2014, Arbeits-Nr. 7/95)

Frage

Aus welchen anvisierten oder verabredeten Einzelmaßnahmen (bitte vollständig auflisten bzw. erläutern) besteht der "Aktionsplan gegen die Bedrohung durch zurückkehrende Dschihadisten", der laut Medienberichten beim informellen EU-Ministertreffen in Mailand zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Italien, Schweden, Spanien, Dänemark und den Niederlanden vereinbart worden war (WELT, 8. Juli 2014) und welche potentiellen "Rechtsänderungen" sind mit den Äußerungen des Bundesinnenministers hinsichtlich europäischer oder deutscher Rechtsnormen gemeint?

Antwort

Der auf dem EU Ministertreffen vereinbarte Ansatz basiert auf einer systematischeren und stärker koordinierten Nutzung vorhandener Instrumente des Informationsaustauschs. Ziel ist es

- die Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS),
- gezielte Grenzkontrollen,
- die Übermittlung von Informationen an Europol zum Zwecke einer gemeinsamen Analyse,
- den Austausch von Informationen über ausländische Kämpfer zwischen den nationalen Behörden sowie
- die praktische Zusammenarbeit und
- den Informationsaustausch z. B. bei der Nutzung von Passagierdaten (PNR)

zu verbessern. Die Maßnahmen werden durch nationale Behörden umgesetzt. Für sie wird auch auf EU-Ebene geworben. Die italienische Ratspräsidentschaft und die Europäische Kommissarin für Inneres nahmen an der Sitzung teil und werden die Bemühungen zur Ausweitung dieses Ansatzes auf die gesamte EU unterstützen, ebenso wie der gleichfalls teilnehmende EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung.

Ob sich aus der Nutzung der vorhandenen Instrumente der Bedarf an Rechtsänderungen ergibt wird dann geprüft. In Betracht könnte hier unter anderem Änderungsbedarf am Schengener Grenzkodex oder nachgeordneter Vorschriften oder bei der Einführung eines PNR-Systems kommen.